

# Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig  
Ziel: Arbeiterbewegung in Deutschland

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostpreußen  
Beilagen: Der rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Preis: für den Monat 3 Mark (halbjährlich 15 Mark); durch die Post bezogen monatlich 4 Mark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Alt. / Geschäftsstelle und Expedition: Dresdener-Str. 2 / Fernspreych-Sammelnnummer 14191 / Postfach Dresden Nr. 13333, Emil Schlegel-Str. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Drückerei besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Dienstag, den 18. Mai 1926

Nummer 113

## Ein Angriff auf die Erwerbslosen

20 Millionen sollen verhungern — Ein Mittel zum Lohnabbau

Die Tagesordnung der Montagssitzung des Reichstages beginnt mit der Beratung kommunistischer Entwürfe, darunter die Erwerbslosenversicherung. Davon sieht der erste Antrag die Erhöhung der Unterhaltungsätze um 50 Prozent, die während der ganzen Dauer der Erwerbslosigkeit; Erwerbslose unter 21 Jahren sollen die gleichen Bezüge erhalten wie solche über 21 Jahre.

Die nach den Sätzen der Dreiklasse B Unterhaltungen sollen in Zukunft die Sätze der Dreiklasse A erhalten, die bisher auch den Sätzen der Dreiklassen C, D und E entsprechen. Die in Zukunft die Dreiklasse B: Bezüge aus der Sozialversicherung, Kriegsopferrenten usw. dürfen auf die Erwerbslosenunterstützung nicht angerechnet werden. Die Unterhaltung von jugendlichen Arbeitern darf bis Unterhaltungsätze vorgesehen werden, wenn kein Tariflohn gezahlt, die Unterhaltungen nicht erfüllt werden, oder die Berufsberatung nicht ausreicht oder die zur Ausführung der Arbeit notwendigen Beschäftigungsgegenstände nicht vorhanden sind. Der zweite Antrag spricht sich über die Möglichkeit, die Unterhaltungsätze aus der Sozialversicherung als sogenannte Zwischenlösung durch eine besondere Versicherung vorzunehmen und fordert umgehenden Ausbau der Erwerbslosenversicherung.

Der sozialdemokratische Redner Br e g beantragt die Verzögerung der Erwerbslosenunterstützung bis Ende Juni zu verzögern. Die Sozialversicherung unterliegen müsse über sechs Wochen hinaus die Ermäßigung einer neuen Karenzzeit durchgeführt werden. Der dritte Antrag fordert die Herabsetzung der Unterhaltungsätze auf 10 Wochen für alle Arbeiter. Der vierte Antrag fordert die Herabsetzung der Unterhaltungsätze auf 10 Wochen für alle Arbeiter. Der fünfte Antrag fordert die Herabsetzung der Unterhaltungsätze auf 10 Wochen für alle Arbeiter.

Der sozialdemokratische Redner Dr. Brauns erklärt, daß die kommunistischen Entwürfe das Maß des Möglichen weit überschreiten. Er befürwortet, daß außerdem bei der Durchführung der kommunistischen Entwürfe die Löhne durch die Unterhaltungsätze herabgesetzt würden und will sich mit der Ausführung des sozialdemokratischen Antrages abgeben.

Der sozialdemokratische Redner Dr. Br e g erklärt, daß die kommunistischen Entwürfe das Maß des Möglichen weit überschreiten. Er befürwortet, daß außerdem bei der Durchführung der kommunistischen Entwürfe die Löhne durch die Unterhaltungsätze herabgesetzt würden und will sich mit der Ausführung des sozialdemokratischen Antrages abgeben.

Der Reichsarbeitsminister Mer erklärte, daß die Unterhaltungsätze des Reichstages nicht vermindert werden können. Er erklärte, daß die Unterhaltungsätze des Reichstages nicht vermindert werden können. Er erklärte, daß die Unterhaltungsätze des Reichstages nicht vermindert werden können.

Der Reichsarbeitsminister Mer erklärte, daß die Unterhaltungsätze des Reichstages nicht vermindert werden können. Er erklärte, daß die Unterhaltungsätze des Reichstages nicht vermindert werden können. Er erklärte, daß die Unterhaltungsätze des Reichstages nicht vermindert werden können.

Der Reichsarbeitsminister Mer erklärte, daß die Unterhaltungsätze des Reichstages nicht vermindert werden können. Er erklärte, daß die Unterhaltungsätze des Reichstages nicht vermindert werden können. Er erklärte, daß die Unterhaltungsätze des Reichstages nicht vermindert werden können.

Der Reichsarbeitsminister Mer erklärte, daß die Unterhaltungsätze des Reichstages nicht vermindert werden können. Er erklärte, daß die Unterhaltungsätze des Reichstages nicht vermindert werden können. Er erklärte, daß die Unterhaltungsätze des Reichstages nicht vermindert werden können.

Der Reichsarbeitsminister Mer erklärte, daß die Unterhaltungsätze des Reichstages nicht vermindert werden können. Er erklärte, daß die Unterhaltungsätze des Reichstages nicht vermindert werden können. Er erklärte, daß die Unterhaltungsätze des Reichstages nicht vermindert werden können.

Der Reichsarbeitsminister Mer erklärte, daß die Unterhaltungsätze des Reichstages nicht vermindert werden können. Er erklärte, daß die Unterhaltungsätze des Reichstages nicht vermindert werden können. Er erklärte, daß die Unterhaltungsätze des Reichstages nicht vermindert werden können.

Herunter, nämlich die Staffelung der Erwerbslosenunterstützung nach Lohnklassen, als sogenannte Zwischenlösung einführen. Das lehnen die Kommunisten grundsätzlich ab. Gemäß der Bestimmung hat jeder Arbeiter das Recht auf Arbeit, und kann ihm keine zugewiesen werden, das Recht auf ausreichende Unterhaltung. In der Reichsversicherung ist der Grundsatz aufgestellt, daß die Unterhaltungsätze eine Aufgabe des Staates ist. Der Plan der Erwerbslosenversicherung, führt Genosse Kädel aus, verleiht ein weiteres verfassungsmäßiges Recht der Arbeiter, doch auf Verfassungsbefugnisse kommt es der Regierung nicht an, wenn es gegen Arbeiter geht.

Genosse Kädel zeigt dann, wie die Regierung diese Zwischenlösung vornehmen will. In den Richtlinien des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und in den Bestimmungen eines Unterausgleichs des Reichsarbeitsrates in Frankfurt a. M. wird vorgeschlagen, den Höchstunterhaltssatz auf 40 Mt. festzusetzen, während die Regierung in ihrer Vorlage 55 Mt. vorschlägt. Im Gesamtumfang und in den Bestimmungen des gleichen Gesetzes wird vorgeschlagen, daß die Unterhaltungsätze 40 Prozent der höchsten Einheitslöhne betragen soll. Das Reichsarbeitsministerium will aber auch hierin ab und will die 40 Prozent nur den volljährigen Arbeitern geben, während es den jugendlichen Arbeitern unter 18 Jahren in den Lohnklassen 4 und 5 nur 35 Prozent zahlen will. Also schon im Vorhaben der sogenannten Zwischenlösung weicht die Regierung erheblich zunächsten der Erwerbslosen von den Beschlüssen der Frankfurter Ausschüsse und dem Entwurf des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ab.

Wenn die Regierung dazu sagt, daß in der Lohnklasse 1, 2, 3 sehr wenige Arbeiter eingruppiert werden würden, so ist das falsch. Aber auch in den Klassen 4 und 5 sind nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten, sogar in Berlin, teilt bei der Verwirklichung des Regierungsvorlages eine Beschäftigung des gegenwärtigen Zustandes ein. Genosse Kädel gibt dafür folgende Beispiele: In Berlin besitzt ein verheirateter Arbeiter mit zwei Kindern gegenwärtig eine Unterhaltslohn von 18,75 Mt., in Zukunft erhält er in der höchsten Lohnklasse den Höchstlohn nach Klasse 5 in Höhe von 18,15 Mt., also ein Abbau der Unterhaltung. Sozialdemokraten muß man aber, daß eine ganze Reihe von Arbeitern nicht in die Lohnklasse 5 kommen, der Durchschnitt in Klasse 4 eingruppiert sein wird. In dieser würde der betreffende Arbeiter 11,50 Mt. erhalten.

Der KPD aber hat die Staffelung nach Lohnklassen als einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand betrachtet. Wenn man nun das Ergebnis sieht, dann kann man den Sozialdemokraten nur sagen, daß sie vorher wissen mußten, was aus ihrem Vorhaben wird, wenn sie eine Regierung Brauns und Luther aufstellt. Genosse Kädel weist die Gemeinshaft der Sozialdemokraten und der Regierung noch, wenn letztere behauptet, daß die Unterhaltungsätze gestaffelt werden müssen, weil sie in gewissen Gebieten gegenwärtig an die Löhne herantreten, und wenn der „Vorwärts“ am 20. April schrieb: „Der Übergang zur Lohnstaffelung ist ein Fortschritt, weil er — die geltend gemachten Behauptungen —“

Genosse Kädel weist die Gemeinshaft der Sozialdemokraten und der Regierung noch, wenn letztere behauptet, daß die Unterhaltungsätze gestaffelt werden müssen, weil sie in gewissen Gebieten gegenwärtig an die Löhne herantreten, und wenn der „Vorwärts“ am 20. April schrieb: „Der Übergang zur Lohnstaffelung ist ein Fortschritt, weil er — die geltend gemachten Behauptungen —“

Genosse Kädel weist die Gemeinshaft der Sozialdemokraten und der Regierung noch, wenn letztere behauptet, daß die Unterhaltungsätze gestaffelt werden müssen, weil sie in gewissen Gebieten gegenwärtig an die Löhne herantreten, und wenn der „Vorwärts“ am 20. April schrieb: „Der Übergang zur Lohnstaffelung ist ein Fortschritt, weil er — die geltend gemachten Behauptungen —“

Genosse Kädel weist die Gemeinshaft der Sozialdemokraten und der Regierung noch, wenn letztere behauptet, daß die Unterhaltungsätze gestaffelt werden müssen, weil sie in gewissen Gebieten gegenwärtig an die Löhne herantreten, und wenn der „Vorwärts“ am 20. April schrieb: „Der Übergang zur Lohnstaffelung ist ein Fortschritt, weil er — die geltend gemachten Behauptungen —“

Genosse Kädel weist die Gemeinshaft der Sozialdemokraten und der Regierung noch, wenn letztere behauptet, daß die Unterhaltungsätze gestaffelt werden müssen, weil sie in gewissen Gebieten gegenwärtig an die Löhne herantreten, und wenn der „Vorwärts“ am 20. April schrieb: „Der Übergang zur Lohnstaffelung ist ein Fortschritt, weil er — die geltend gemachten Behauptungen —“

Genosse Kädel weist die Gemeinshaft der Sozialdemokraten und der Regierung noch, wenn letztere behauptet, daß die Unterhaltungsätze gestaffelt werden müssen, weil sie in gewissen Gebieten gegenwärtig an die Löhne herantreten, und wenn der „Vorwärts“ am 20. April schrieb: „Der Übergang zur Lohnstaffelung ist ein Fortschritt, weil er — die geltend gemachten Behauptungen —“

Genosse Kädel weist die Gemeinshaft der Sozialdemokraten und der Regierung noch, wenn letztere behauptet, daß die Unterhaltungsätze gestaffelt werden müssen, weil sie in gewissen Gebieten gegenwärtig an die Löhne herantreten, und wenn der „Vorwärts“ am 20. April schrieb: „Der Übergang zur Lohnstaffelung ist ein Fortschritt, weil er — die geltend gemachten Behauptungen —“

## Ruhrgelder-Marg statt Flagggen-Luther

So ist denn wieder eine neue „Lösung“ der Regierungskrise gefunden worden. In die Stelle des wegen der Flagggenverordnung gestürzten Luther tritt Marg, derselbe Marg, der als Mitglied der Luther-Regierung die Flagggenverordnung billigte. An die Stelle von Kütz und Reinhold und Curtius und Stresemann treten Kütz und Reinhold und Curtius und Stresemann; die alten Männer bleiben und mit ihnen wird der Kurs durchgeführt, den Luther begann.

Die Regierungsmacherei wäre eine Komödie, wenn sie nicht ernste Konsequenzen für die Arbeiter daraus ergeben würden.

Man mache sich das einmal klar: Luther gibt eine Flagggenverordnung heraus, die gesamte Regierung ist damit einverstanden. Die bürgerlichen Republikaner, die in der Regierung sitzen, holen die Fahne nieder, auf die sie angeblich schwören. Die bürgerlich-republikanischen Parteien erklären sich gegen die Verordnung, sie kürzen die Regierung. Man sollte meinen, daß in der Demokratie nun die alte Regierung verschwinde. Was geschieht? Die alten Männer kehren wieder, und der Justizminister, der die Flagggenverordnung billigte, also auch desavouiert wurde, wird Kanzler. Sie, die vorher so laut schrien und vor Männerstolz vor Fahnenstücken triefen, kriechen zu Kreuzen, sind geschmeidige schwarz-weiß-rot-goldene Volkstreter, je nachdem, wie und was ihr molkt. Und die Sozialdemokraten, die größten Krieger im Flagggenstreit, ermaßen bereits die Unterfertigung des neuen Kabinetts!

Was hat sich also geändert? Der alte Kurs bleibt — und die alten Männer bleiben. Die Regierung ist die gleiche wie vorher, nur mit dem Unterschied, daß statt Luther Marg an seine Stelle getreten ist.

Diese Regierung wird nicht daran denken, die Flagggenverordnung zurückzuziehen. Diese Regierung wird nicht daran denken, ihre arbeiterfeindliche Politik aufzugeben, sie wird nach wie vor der Bourgeoisie Steuererleichterungen machen und gegen die Arbeiterklasse regieren. Die Sozialdemokraten wollen sie nach wie vor unterstützen!

„Ein großer Aufwand nutzlos ward verthan!“

Man soll den Arbeitern vorgebetet werden, daß Marg besser sei wie Luther, sollen die Arbeiter glauben, daß der Ruhrgelder-Marg dem Flagggen-Luther vorzuziehen sei. Und doch ist das Jache wie Hölle. Ob der „linke“ Zentrumsmann Marg oder der „unpolitische“ Luther in Regierung machen, es bleibt ein- und dasselbe.

Aber die sozialdemokratischen Führer wollen Marg unterstützen. Marg ist der sehr wohlbekannte Ermächtigungskanzler, Marg ist der Mann der 700 Millionen an die Ruhrindustriellen. Jedoch, Hindenburg droht. Da suchen die Helden von der SPD-Führung nach einem Ausweg. Vor der Drohung von Luther fielen sie schon einmal, jetzt wird vor dem erhobenen Finger des Feldmarschalls zu Kreuzen gekrochen. Marg hat zwar erst vor kurzem dem Reichshatener den Rücken gekehrt, ist aus dieser Organisation ausgestiegen. Doch was macht das SPD-Führern aus. Der SPD-Dienst verflucht gestern:

Als Führer der vorgeschlagenen Ministerregierung hat der Reichspräsident am Sonntag abend den bisherigen Reichsjustizminister Dr. Marg ernannt. Marg hat in den letzten Tagen nach der Flagggenverordnung öffentlich seine Treue zu Schwarz-Weiß erklärt und auf der am Sonntagabend zu Ende gegangenen Bundesversammlung des Reichsbanners Schwarz-Weiß erklärt, daß er nicht daran denke, sich aus der republikanischen Bewegung zurückzuziehen. Das Vertrauen der Republikaner zu ihm ist trotzdem nicht reiflos wiederhergestellt. Selbst die Zentrumskräfte haben sich erst nach langen Beratungen wieder zu ihm bekennt. Es geschah auch nur unter der Voraussetzung, daß Marg mit seiner Ministerregierung, obwohl sie nicht anders zusammengesetzt ist als das Kabinett Luther, einen offenen Linkskurs erklärt. Marg hat jedenfalls dieses wieder gutzumachen. Vielleicht bemüht er sich als Reichskanzler, die gegen ihn bestehende Verstimmlung durch Taten aus der Welt zu schaffen. Aber auch das können wir uns nur vorstellen, wenn Marg versucht, mit Rücksicht auf die Zusammensetzung der Regierung sich wenigstens in der Reichskanzlei mit Persönlichkeiten zu umgeben, denen Treue und Befehlsgehorsam gegenüber Herzenssache ist.

Verzichtet der neue Kanzler darauf, dann wird es für ihn von vornherein schwer sein, innerhalb der Sozialdemokratie des zum Regieren erforderliche Maß an Vertrauen zu finden.

Insgesamt betrachtet, stellt die Regierung Marg unter allen Umständen zweifellos das Kleinste dar. Das allein kann für die Haltung der Sozialdemokratie schließlich nicht ausreichen sein. Sie wurde bisher bei allen Ministerregierungen von denen Taten abhängig gemacht. Auch gegenüber dem Kabinett Marg dürfte sich in dieser Beziehung nichts ändern.

Was heißt dieser Ertrag anders, als daß die Sozialdemokraten den Ruhrgeldkanzler unterstützen werden. Ein Monarchist folgt auf den anderen, die SPD-Führer dichten ihn zum Republikaner um, er ist das kleinste Übel. Er wird die Politik Luthers fortsetzen. Für die Arbeiter darf es nur eines geben: Verhinderung jeder kapitalistischen Regierung. Auflösung des Reichstages!

### Unter dem Bundschuh

Herzweihen. Bei der am 10. Mai in Herzweihen a. Rh. stattgefundenen Protestversammlung der wollebenden Bauern und Gewerbetreibenden (siehe zum ersten Male seit 400 Jahren wieder die Bundschuhhahn) auf. Es wird nicht lange dauern, da werden die Verhältnisse der wollebenden Bauern zwingen, auch die Kampfmittel aus der Zeit der Bauernkriege anzuwenden, da die derzeitigen Mächte, haben gar nicht daran denken, den kleinen Bauern zu helfen. Sie werden sich einrichten müssen in die rote Front der Arbeiter, um sich vor dem Untergang zu retten.

Advertisement column on the left edge of the page, including logos and small text for various businesses and services.